

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.50 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig,
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 58.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 11. März 1931.

13. Jahrgang.

Wer seinem Stand gemäß
In rechten Grenzen bleibt,
Wer dem Gesetz gehorcht,
Das Gottes Weisheit schreibt,
Wer stets Verstand und Herz
Verbessert und regiert,
Ist auf dem wahren Weg,
Der zu dem Glücke führt.

Weltenwende oder Weltendaos.

Norman Angell, der Schriftleiter von „Foreign Affairs“ hat gewöhnlich eine illusionistisch-optimistische Note in seinen Veröffentlichungen. Um so eindringlicher wirkt der Pessimismus in der letzten Nummer des Blattes. Er sagt, es sei für verantwortliche und verständige Leute gegenwärtig geradezu notwendig, pessimistisch zu sein und sich über die Gründe dafür Rechenschaft abzulegen. „Wir wollen für einen Augenblick“, fährt er fort, „das Schlimmste annehmen und uns vorstellen, daß die Nachwirkung des letzten Krieges bezüglich der Stellung zum Internationalismus genau der Nachwirkung früherer Kriege ähnlich sei. Daß also die ganze Anstrengung nach dieser Richtung dazu bestimmt wäre, fehlschlagen. Daß jede Form eines Bundes oder einer ordentlichen politischen Vereinigung der Völker so unmöglich sei, wie der sogenannte „Realist“ uns das beständig versichert. Wir wollen weiter annehmen, daß die jetzt allgemein (?) vorausgesetzte deutsche Revolution der russischen folgt. Daß der deutsche Kommunismus unterstützt wird vom Osten her, während gleichzeitig Polen durch ukrainische Revolutionen seinen verdienten Lohn empfängt. Diese Bewegungen locken das Eingreifen der größten Armee (der französischen?) Europas an. In diesem Stadium hat Deutschland nicht bloß sich vom Völkerbund getrennt, sondern ihn überhaupt vergessen, wie das vielleicht im übrigen Europa dann auch geschehen ist. Wir wollen in unsern Ausblick noch den drohenden Zusammenbruch des britischen Reiches einschließen. Eine Annahme, für welche der „Realist“ in dem indischen Geschehen reichlich Grund finden kann. Und wenn nun Indien der britischen Autorität entgleitet, dann mag dieses Land wohl in das Chaos hineinstürzen, mit welchem das nationalistische und unabhängige China uns so vertraut gemacht hat. Nimm noch hinzu, daß der australische finanzielle Zusammenbruch nur ein Vorspiel ist für andere Dominien, daß ein afrikanischer Nationalismus dem indischen auf dem Fuße folgt.“

Wenn wir auch nicht beanspruchen, Propheten zu sein, so fährt Norman Angell fort, „so kann man doch mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß die Geschehnisse sich so abwickeln werden, falls wir dem „Realisten“ glauben, der all die Anstrengungen, eine internationale Zukunft zu schaffen, die besser ist als die vergangene, verläßt. Wir wollen einmal annehmen, all dies sei geschehen. Wie würde der Geschichtsschreiber der Zukunft verfahren, es zu erklären? Etwa so: Es gab ein Europa mit ungefähr 300 Millionen Seelen, das ein Territorium besaß, geeignet für menschliche Kultur und Wohlstand als irgendein anderer Teil der bekannten Welt. Die großen Gegensätze in der Natur, die sonst auf den Menschen so schwer drücken, sind hier nicht vorhanden. Hier war es leichter, den Boden zu bearbeiten, als in den Tropen. Hier hatte man nicht mit den Hindernissen zu tun, welche dem Europäer in Nordamerika begegnen. Land und Wasser sind viel besser für menschliche Zwecke in Europa verteilt als in Nordamerika. Kurz, wenn man auch Nordamerika bei einem Vergleich zwischen beiden Weltteilen manche Vorteile zuschreiben wollte, für Europa würde eine sehr große Zahl übrig bleiben. In der Tat, niemand konnte behaupten, daß die fruchtbare und friedliche Ausbeutung des europäischen Bodens durch die Natur des Landes (Klima usw.) verhindert worden wäre. Hätte man all das, was die Wissenschaft an Entdeckungen geschaffen hat, wirklich ausgenutzt, hätte man die Arbeit richtig eingeteilt, die Bevölkerung Europas hätte im Wohlstand fast versinken können.“

Aber zwei seltsame Tatsachen sind in der Geschichte zu bemerken. Die erste ist die, daß in den Perioden schwerster wirtschaftlicher Not Millionen von Menschen müßig standen und nichts taten, um das Land, auf dem sie wohnten, zu bearbeiten, sondern ernährt und erhalten wurden durch die anderen. Die zweite Tatsache ist die, daß, sobald ein Land Europas einen Vorsprung hatte in der Produktion notwendiger Nahrungsmittel oder sonstigen Materials, so daß es diese Dinge hätte leichter liefern können als andere Länder, daß dann die anderen sofort künstliche Schranken aufrichteten, um diese Pro-

duktion auszuschließen und sich so selbst ihrer Vorteile beraubten. So gingen, als das Korn in Rußland billig wurde, die anderen Nationen mit panischer Eile daran, dies Korn auszuschließen, sodaß nichts davon ihre hungerrige Bevölkerung erreichen konnte. (Eine recht oberflächliche Verpötlung aller Zollpolitik. — Die Schriftleitung.)

Es war also nicht so, daß Europa wegen Ueberschneuerung und dem daraus resultierenden Mangel zugrunde gegangen wäre, man kann auch nicht sagen, daß ein moralischer Mangel vorlag, etwa Trägheit, Bequemlichkeit, persönliche Selbstsucht, denn alle Kriege, welche den Zusammenbruch dieser Zivilisation hervorriefen, waren durch den großartigsten Opfergeist und Heroismus ausgezeichnet. Und zwar zeigte sich beides nicht nur an der Kampfesfront, sondern auch in der Art, wie die Zivilbevölkerung hungerte und litt, nur damit der Krieg in Gang bliebe. Man kann auch nicht sagen, daß die Leidenschaft, welche die kriegerischen Nationalisten Frankreichs, die Nazis Deutschlands, die Faschisten Italiens zur größeren Ehre ihrer betreffenden Nationen entwickelten, etwa durch Sabotage hervorgerufen wurden. In der Tat, Sabotage kommt hier zu allererst in Betracht, denn das Europa des 20. Jahrhunderts hatte zwei Wege vor sich, Vereinigung und damit Reichtum oder Separatismus und Armut. Es wählte die Armut.

Der zukünftige Geschichtsschreiber wird dann vielleicht hinzufügen, daß offenbar die Menschen damals den Krieg dem Wohlstand vorgezogen hätten. Wir aber wissen, so sagt nun Norman Angell, „daß dies ein falscher Schluß wäre. Weder die Völker noch die Regierungen wünschten eigentlich den Krieg. Es ist auch nicht so, daß die Völker durch die Regierungen in den Krieg hineingelockt wurden. Man braucht bloß auf Frankreich zu sehen, um herauszufinden, daß der Nationalismus (Bourgeoisie) populärer ist, als der Internationalismus (Briand). Auch in Deutschland seien die Nazis, von denen doch eigentlich die Gefahr für die Fortsetzung einer Politik der Versöhnung ausgehe, wie die letzten Wahlen zeigen, offenbar populär. Dasselbe ist der Fall in Italien. So scheint die vorige Behauptung, daß man nationalstiftisch sein könne und doch nicht für den Krieg, zunächst unwahrscheinlich, da doch eins mit dem anderen zusammenhängt. Hier meint nun Norman Angell und wohl mit Recht, daß die große Masse eines Volkes den Zusammenhang einer bestimmten Haltung oder Politik und der Folge dieser Haltung, die eben schließlich den Krieg hervorriefe, nicht sehe. Der Franzose z. B. würde heute sagen, wer von uns könnte den Krieg wünschen? Wir haben ja nichts dadurch zu gewinnen. Wir wollen doch nichts anderes als nur den Status quo aufrecht erhalten und darum müssen wir das Schwerkriegswort der Macht auf unserer Seite haben. Aber eben diese Haltung, die auch ungerechte Friedensabmachungen bestehen lassen will, ist es, welche die Gefahr des Krieges in sich birgt. Dies Beispiel Frankreichs paßt aber überall, besonders wird es unterstrichen durch die Minoritätenfrage. Vor dem Kriege haben die Italiener, die Polen, die Böhmen, die Süd-Slawen die Unterdrückung ihrer Nationalitäten als himmelführendes Unrecht immer aufs neue an den Pranger gestellt. Sie meinten, sie träten nur für das Recht ein gegenüber der Ungerechtigkeit. Aber als die Gelegenheit kam, als sie selbst neue Nationen wurden, da taten sie ganz dasselbe mit den Minoritäten, was früher mit ihren Landsleuten geschehen war.“

So sieht nun Norman Angell nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt die nationalistischen Kräfte auf das Weltchaos hinwirken. Er bringt dabei noch eine Warnung speziell an Deutschland an, die freilich zeigt, wie einseitig er die nationale Bewegung bei uns heute beurteilt. Er sagt nämlich, falls die gefährliche Stimmung in Deutschland es dazu brächte, daß sich Deutschland vom Völkerbund zurückzöge, so sei dies einfach Wahnsinn, denn was könne Deutschland mit einer solchen Politik gewinnen, verglichen damit, daß es weiter geduldi mit dem Völkerbund zusammenarbeite? Die Abgabe an den Völkerbund würde eine Herausforderung an Frankreich und Polen bedeuten, eine Erneuerung des Wettstreits, den Eintritt Rußlands in die kriegerische Auseinandersetzung und dann, wie auch immer das Ende nach der militärischen Seite sein würde, das Ende des deutschen Mittelstandes. Es ist ja deutlich, wenn auch merkwürdig, daß Norman Angell, der auch fast immer den Ausdruck „Razi“ gebraucht, das „Sozialist“ in der Bewegung des Nationalsozialismus unterschlägt und damit verkennet, daß diese neue Bewegung, wenigstens nach ihrem Programm, mindestens ebenso sehr auf eine innere Erneuerung hinaus ist als auf Ziele nach außen hin. Immerhin, die Gefahren eines bloßen Nationalismus werden von Norman Angell deutlich gemacht und wir

müssen sie uns immer wieder sagen lassen. Die Art freilich, wie er sein Volk und uns überreden will, vom Nationalismus zu lassen, hat etwas an sich von dem alten Rationalismus, der die Menschen zum Glück durch Gründe der Nützlichkeit und der hausbackenen Verständigkeit bringen wollte. So geht es nicht. Was im Nationalismus, ob er in Indien, in Afrika oder in Deutschland auftritt, echt ist, nämlich, daß jedes Volk seine eigene Art, als vom Schöpfer ihm gegeben, ansieht, daß ihm diese Eigenart mehr wert ist als Geld und Gut, das bricht heute in der ganzen Welt auf und wird sich durch keine Gründe unterdrücken lassen.

Vor dem Weltchaos aber kann uns nur eben dies bewahren, daß jedes Volk nicht nur sich selbst, sondern auch das andere als von Gott geschaffen ansieht und damit Achtung, ja, Ehrerbietung vor dessen Eigenart hat. Es kann so aussehen, als wenn man etwas Unmögliches ausspräche, wenn man hofft, es könnte in den Völkern eine Bewegung entstehen hin zu ihrem Ursprung, zu ihrem Schöpfer und Erlöser. Aber des Glaubens Art ist es, Unmögliches zu hoffen und dieses „Unmögliche“ ist wahrlich doch zugleich die Wirklichkeit, in der das Heil der Welt beschlossen ist. W—m.

Unerfreuliche Auswirkungen!

In einem früheren Artikel des „Aufwärts“ ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Auszug der Opposition aus dem Reichstag die unangenehme Folge habe, daß die Sozialdemokraten aus der Zange befreit würden, in die sie durch die Taktik des Reichskanzlers geraten waren. Diese Voraussage hat sich bestätigt. Die Nichtbetätigung der Opposition ermöglicht den Sozialdemokraten, nunmehr ihre Taktik zu ändern und mit den Kommunisten zusammen eine Mehrheit gegen die sogenannten Regierungsparteien zu bilden. Von dieser Möglichkeit hat sie in der letzten Woche ausgiebigen Gebrauch gemacht bei der Beratung des landwirtschaftlichen Etats.

Zunächst wurde von ihr ein Initiativantrag auf zollfreie Einfuhr von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch eingebracht. Derselbe wurde nicht nur im Haushaltsausschuß, sondern auch im Plenum des Reichstages angenommen. Obwohl der Reichsernährungsminister Dr. Schiele auf die für die Landwirtschaft schädlichen Wirkungen dieses Antrages in eindringlicher Weise hinwies, ergab sich dennoch durch das Zusammengehen der marxistischen Parteien und der Staatspartei eine Mehrheit für diesen Antrag. Der Vorgang ist tief bedauerlich, da zwingende Gründe für einen solchen Antrag nicht vorlagen. Es darf doch nicht verkannt werden, daß wir uns in einer Zeit befinden, wo die landwirtschaftliche Viehhaltung einen Höhepunkt erreicht hat, der beim Abzug von Vieh preisdrückend wirkt. Die augenblicklich geltenden Viehpreise machen die Verteilung von billigem Fleisch, wie es von der Sozialdemokratie betont wurde, unnötig. Trotzdem hielt die Sozialdemokratie an ihrem Antrage fest. Den Schaden hat die Landwirtschaft und insbesondere die kleinbäuerlichen Kreise, die stärker auf Viehhaltung und auf gesunde Viehpreise angewiesen sind als der Großgrundbesitz.

Aber nicht nur dieser Antrag wurde im Reichstag angenommen, sondern, wie schon berichtet, ist das Brotgesetz ebenfalls durch einen sozialdemokratischen Antrag stark durchlöchert worden. Wenn auch das gegenwärtige Brotgesetz nicht in jeder Weise den Wünschen der Landwirtschaft entspricht, so ist doch durch diesen Antrag eigentlich die völlige Wertlosmachung dieses Gesetzes erreicht worden. Der Beimischungszwang von Roggen zum Weizenbrot wurde beseitigt; ebenso die Möglichkeit zum Beimischen von Kartoffelmehl zum Weizenbrot und auch der Zwang zum Feilhalten von Roggenbrot in Gasthäusern. Die Ausmahlungsquote von Roggenmehl wird nach diesem Antrag von 60 auf 70 Prozent erhöht. Damit wird die Möglichkeit erschwert, den Roggen, den wir in großem Ueberschuß in Deutschland haben, mehr dem menschlichen Verzehr zuzuführen. Auch hierin liegt eine Schädigung der Landwirtschaft.

Die Sozialdemokraten benutzen aber ihre Freiheit nicht nur dazu, der Landwirtschaft Schaden zuzufügen, sondern sie feilschen zur Zeit mit dem Reichskanzler um einen entsprechenden Lohn für ihre Stellung zum Wehretat. Bekanntlich handelt es sich dabei auch um die Bewilligung weiterer Raten für den Panzerkreuzer B. Eine Zustimmung dazu wollen die Sozialdemokraten sich mit weiteren Zugeständnissen auf politischem, wie auf sozialpolitischem Gebiet bezahlen lassen. Inwiefern diese Partei ihre Absichten durchführen wird, ist zur Zeit noch nicht recht ersichtlich. Es läßt sich nicht leug-

nen, daß die Sozialdemokraten doch Angst vor der eigenen Courage haben, wenn es sich darum handelt, Krisenstimmung zu erzeugen. Man kann daher nur dem Reichskanzler wünschen, daß er die Nerven behält und den sozialdemokratischen Forderungen widersteht. Wenn man über die Stimmung im sozialdemokratischen Lager recht unterrichtet ist, darf man annehmen, daß sie es nicht zum äußersten treiben werden. Zwar sonnt sich die Sozialdemokratie zur Zeit in dem Gefühl der wiedergewonnenen Freiheit, der Möglichkeit, den Kommunisten zu zeigen, daß sie auch noch da ist und daß sie den Willen hat, alte Grundsätze wieder aufzuwärmen. Aber die Hoffnung auf dieses dauernde Glück ist doch recht mäßig. Das geht auch aus einem Artikel des „Vorwärts“ hervor, der schreibt:

„Durch den Ausmarsch der 151 ist der Regierung der Mitte die Möglichkeit genommen, sich fallweise — und das kommt besonders für militärische und agrarische Forderungen in Betracht — auf die Rechte zu stützen. Sie kann nur mit der Sozialdemokratie Mehrheiten bilden, während die Sozialdemokratie sowohl mit der Mitte für die Regierung, oder mit den Kommunisten gegen die Regierung Mehrheiten bilden kann. Die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit ist freilich nur solange Mehrheit, als Hitler und Hugenberg, indem sie wegbleiben, ihr es erlauben. Außerdem ist sie ebenso unfähig, eine Regierung zu bilden wie die Mehrheit vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten.“

Damit bringt der „Vorwärts“ zum Ausdruck, daß man sich dessen wohl bewußt ist, daß die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit nur so lange bestehen kann, als die Opposition dem Reichstag fernbleibt. Ist diese Erlaubnis von längerer Dauer, dann wäre es denkbar, daß der Reichskanzler Brüning zu anderen Mitteln greift. Davor haben die Sozialdemokraten Angst, weil Neuwahlen ihnen höllisch unbehaglich sind, und sie mit großen Verlusten rechnen müssen, wie die letzte Wahl in Braunschweig bewiesen hat. Hinzu kommt noch die Angst, daß das Zentrum in Preußen der sozialdemokratischen Regierungsherrschaft ein Ende bereiten könne. Aus allen diesen Gründen ist anzunehmen, daß die Sozialdemokraten es nicht bis zum äußersten treiben werden. Dem Reichskanzler kann nur geraten werden, es unter allen Umständen auf einen Kampf ankommen zu lassen, in der Erwartung, daß die Sozialdemokraten sehr bald klein beigeben werden. W. W.

Das unruhige Indien.

Von Abdul Rauf Malik.

(Schluß.)

Lösung Birma von Indien.

Das birmesische Problem ist das einzige, das die Round Table Conference bereits endgültig gelöst hat, indem es die Trennung Birma vom indischen Mutterlande beschloß. Ausschlaggebend sollen dabei Rücksichten auf die geographische und kulturelle Verschiedenheit Birma sein. Die Birmesen seien im Gegensatz von den Indnern von mongolischer Rasse, sprächen eine ganz andere Sprache, besäßen im Buddhismus eine von den indischen Religionen abweichende Religion und seien überdies erst seit fünfzig Jahren mit Indien aus verwaltungstechnischen Gründen verbunden worden. Dies soll sogar die Ansicht der birmesischen Delegation in London gewesen sein.

Die birmesische nationalistische Partei jedoch, die beansprucht, die birmesische Bevölkerung hinter sich zu haben, widerspricht jeder Abtrennung und behauptet, daß die Londoner Delegierten gar nicht die wahren Vertreter Birma wären. Und in einem Memorandum aus Rangoon vom 1. November 1930 begründet der Generalrat aller birmesischen Vereinigungen, gestützt auf Zahlen und Tatsachen, an 83 Punkten diese Position. Tatsächlich ist ein die Lösung Birma forderndes Gesetz bereits zweimal

in dem gesetzgebenden Rat Birma angenommen worden. Aber es läßt sich nachweisen, daß dieser Rat nur 0,75 Prozent der Bevölkerung vertritt (3,3 Prozent sind nur wahlberechtigt, während davon sich nur 18 Prozent bei den letzten Wahlen beteiligt haben). Die nichtwahlberechtigte Bevölkerung hegt jedoch gegen eine mit der Lösung verknüpfte weitere Verbindung mit Großbritannien den schärfsten Widerwillen und fordert ein Volksbegehren.

Seit 1885 hat Birma bei verschiedenen Anlässen seine Trennung von Britisch-Indien vergeblich gefordert. Aber aus ganz besonderen Gründen neigen die Engländer nunmehr dazu, sie zu gewähren. Wie jener Generalrat richtig erkannt hat, hat die chinesische Revolution die Wichtigkeit der birmesischen Grenze als Verteidigungsstellung gegenüber dem Einbruch revolutionärer Einflüsse nach Indien offenbart. So haben vermutlich Wünsche des britischen Kriegsministeriums eine Trennung Birma von Indien rasch erscheinen lassen, damit das Meer dem Einfluß des indischen Parlaments entzogen wird, und wie Singapur zur englischen Flottenbasis gemacht wurde, so soll Birma den Stützpunkt der englischen Luft- und Landkräfte bilden. In einem von Indien getrennten Birma sind die Handlungen Englands keiner Beschränkung mehr unterworfen. Dazu kommen natürlich wirtschaftliche Erwägungen. Da die britische Burmah Oil Company im Wettlauf der Nationen nach dem immer wichtiger werdenden Erdöl ein bedeutender Faktor geworden ist und Birma in reicher Fülle Zinn, Silber, Edelsteine und kostbare Nuthölzer bergibt, so sieht der englische Kapitalist natürlich nicht ein, warum er die Kontrolle über diese Quellen des Reichtums verlieren soll. Und eine Lösung Birma kommt für ihn unter den gegenwärtigen Umständen einer doppelten Kontrolle gleich. Die Birmesen aber wissen ihre Freiheit mit dem Schicksal Indiens unlosbar verknüpft und können keiner Trennung von Indien zustimmen, es sei denn, daß sie auf die Freiheit verzichten. Sie sind in vielfacher Beziehung auf Indien angewiesen, ihre religiösen Wurzeln liegen durchaus in Indien. Sie fordern, daß die Round Table Conference die britische Kontrolle aufhebe.

Selbstregierung.

Die Aufstände in Birma können niedergeschlagen werden. Sie zeigen jedoch, in welchem Maße die Unzufriedenheit zugenommen hat. Jung-Indien aber ist am Werke, durch die gewaltlose Boykottbewegung die Macht von Polizei und Militär zu überwinden. Sollte es mit diesem Vorhaben zum Ziele gelangen, so würde das den allgemeinen Zusammenbruch bedeuten.

Was der Kongreß einstimmig verlangt, ist der Dominion-Status. Wenn nötig, soll man Sicherheiten für eine Uebergangsperiode schaffen. Alles andere aber, was dieser Forderung gegenüber ein Weniger bedeuten würde, könnte von Indien nur als eine Verachtung und Verspottung seiner tiefsten Empfindungen angesehen werden. So scheint die Frage der zukünftigen Provinzialregierungen zu leicht entschieden zu werden. Die durch die Montague-Chelmsford-Reformen von 1919 geschaffene Dyarchie hat sich als unmöglich erwiesen. Sollte man auch fernerhin dem Gouverneur die Rechte lassen, in Zeiten der Krisis allein von sich aus Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten, so wäre auch das kaum tragbar. Denn die Entscheidung über die Anwendung solcher Rechte bliebe in ihrem Belieben.

So wie es jetzt steht, würde den indischen Delegierten der Round Table Conference bei ihrer Rückkehr nach Indien kein guter Empfang bereitet werden, auch wenn sie erreicht hätten, was erreicht werden kann. In den Fragen von Heer und Finanzen würde man ihnen sicher vorwerfen, die Belange Indiens verraten zu haben. Aber sie könnten solche Angriffe ertragen und an dem Aufbau Indiens ruhig mitarbeiten, wenn die Verfassung, an deren Gestaltung sie arbeiten, die Uebertragung der Finanz- und Handelsmacht an Indien vorsehen würde.

Ramen benutzt, um so zur Erhaltung deutschen Kulturgutes beizutragen!

Es ist eine Forderung der maßgebenden deutschen Kreise (Wissenschaftler, Behörden, öffentliche Meinung), daß deutsche Kartenwerke diesem Kampf zu dienen haben, indem sie auf den Karten die alten Namen beibehalten, soweit sie kulturell für das Deutschtum von Belang sind. Das ist eine Selbstverständlichkeit, und es fragt sich nur, wie sich ihre am besten gewisse praktische Notwendigkeiten unterordnen lassen.

Stieler's Handatlas (Justus Perthes in Gotha) zeigt jetzt mit dem vorliegenden Neudruck der Hundertjahrsgangabe den gangbarsten Weg: die Karten bevorzugt unterändert die alten deutschen Namen, aber das Namenverzeichnis (320 000 Namen!) enthält eine Gegenüberstellung der alten und neuen Namen aller Orte, die sich eine Umtaufung durch die Kriegsfolgen gefallen lassen mußten. In diesem Verzeichnis ermöglicht ein doppeltes Alphabet (alt/neu und neu/alt) eine bequeme und wirklich zuverlässige Unterrichtung. Der große „Stieler“, dessen Preise kürzlich ohne irgendwelche Umdenkungen seiner unübertroffenen Güte oder seines Umfangs stark gesenkt wurden (in Ganzleinen jetzt nur noch RM. 48.—, in Halbleinen RM. 58.—, früher RM. 88.—), hat seine Spitzenstellung mit dieser Neuerung stark befestigt. Die Anschaffung des prächtigen Kartenwerkes kann warm empfohlen werden.

Verschiedenes.

Eine Stellungnahme deutscher evangelischer Jugend zur weltpolitischen Lage kommt in einer Denkschrift zum Ausdruck, die das evangelische Jungmännerwerk (oben an den Vorstand des Christlichen Jungmännerbundes in Genf eingereicht hat. Sie bildet die Antwort auf eines der „Studienblätter“, mit denen die 20. Christliche

Dann könnte das indische Volk wahrhaft konstruktive Arbeit tun und seine Kräfte in allmählichem Schaffen auf die Höhe bringen. Eine Epoche friedlichen und raschen Fortschritts nach den verschiedensten Richtungen würde für Indien die Folge sein.

Das Handwerk wirkt.

Von Prof. Dr. Karl Röhle, Bonn.

Wissenschaftlicher Leiter des Deutschen Handwerksinstituts, Hannover.

Auch in den Kreisen des Handwerks gibt es Skeptiker, die aus Voreingenommenheit oder Unüberlegtheit die Durchführung laufender oder periodischer Werbemaßnahmen für das Handwerk ablehnen. Sie glauben meist, man wolle kritisch die Werbemethoden der Industrie und des Handels nachahmen. Wenig können auch das Handwerk und seine Führer bei diesen Methoden viel Nachahmenswertes entdecken, doch darf man nicht außer acht lassen, daß die Werbemethoden und Werbemöglichkeiten im Handwerk zum Teil grundfänglich anders als bei den vorerwähnten Wirtschaftsklassen gelagert sind, was nur der Erkenntnis, welcher sich über die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Funktion des Handwerks klar ist. Die handwerkliche Werbung erschöpft sich nicht in der Anwendung spezifischer Werbemethoden und Werbemittel, sondern sie umfaßt auch diejenigen Maßnahmen, die sie zur Belebung handwerklichen Schaffens und Wirtschaftens für zweckdienlich erachtet.

Die vorrangigste Werbeaufgabe besteht in der Korrektur der Auffassungen über das Handwerk und in seiner Einfügung in den seinen Kräften entsprechenden Geltungsbereich. Die machtvoll auftretende Industrie und der Handel vermöchten in vielen Fällen das Handwerk aus dem Blickfeld der privaten, staatlichen und kommunalen Konsumenten zu drängen, nicht immer ohne eigene Schuld des Handwerks. Es ist keine Verneinung, zu behaupten, daß die Bekanntgabe der Arbeits-Ergebnisse des Enquete-Ausschusses die bedeutendste Werbemaßnahme des Handwerks der letzten Jahrzehnte darstellt. Es ist eine Freude, ihr Echo nicht nur in den Tageszeitungen, sondern auch in wissenschaftlichen Kreisen zu vernehmen.

Wenn das Handwerk oder eine bestimmte Organisation als Ganzes für sich wirkt, so darf der einzelne nicht untätig beiseite stehen. Nicht nur, daß er die ihm von seinen Führern zugewiesene Rolle im Rahmen der Werbemaßnahmen durchführt, sondern er muß selbst die Ueberlegung anstellen, welche Werbemaßnahmen nur aus der Eigenart des Einzelbetriebes und seines wirtschaftlichen Lebensraumes möglich bleiben. Es erweist sich hier als besonders zweckmäßig — auch bei der Gemeinschaftswerbung — einmal festzustellen, was im Betriebe und an den Handlungen des in ihm tätigen Menschen nicht wirkt. Das Handwerk würde sich nur schaden, wenn es nicht den Mut besäße, alle die Mängel und Fehler einzusehen, die zur Verärgerung und Abwanderung der privaten und öffentlichen Kundschaft führen können. Wie sinnlos wäre eine aktive Werbeaktion, wenn die Einzelbetriebe und ihre Anhänger nicht nach künstlerischer, technischer und wirtschaftlicher Vervollkommenung streben! Jeglicher Aufwand würde den gewünschten Erfolg nicht bringen. Es würde zu weit führen, wollte man bei der Vielfältigkeit des handwerklichen Schaffens und den Eigentümlichkeiten des zu beliefernden Kundentums auf Einzelheiten solcher nicht verborgener Betriebshandlungen eingehen; nur soviel sei bemerkt, daß es sich oft weniger um Mangel der Qualität als um die äußere Abwicklung des Auftrages (z. B. Kredit-Zahlungen und Schriftverkehr, Lieferungsverpöchen, Offertabgaben, psychologische Einstellung zum Kunden) handelt. Man unterläßt nicht die Wirkung des gesprochenen Wortes zufriedener und unzufriedener Kunden, und wohl in keiner der anderen Wirtschaftsklassen ist es wichtiger, sich des „Dienstes am Kunden“ stets bewußt zu bleiben.

Darüber hinaus stehen sowohl der Organisation als auch dem Einzelbetrieb alle Wege offen, die verschiedenartigsten spezifischen Werbemethoden und Werbe-

Jungmännerweltkonferenz für den Hochsommer dieses Jahres vorbereitet wird und ist im Auftrag des deutschen Werkes durch einen Ausschuß unter Vorsitz von Bundeswart Pfarrer Juhl-Barmen und unter Mitarbeit von Universitätsprofessor D. Althaus-Erlangen ausgearbeitet worden. — Die Denkschrift setzt sich zunächst ausführlich mit den grundsätzlichen Fragen über die Verantwortung der Christenheit für die internationale Politik auseinander und fordert als „das Gesetz Gottes für die Welt“ Gerechtigkeit, sowohl im sozialen wie im Völkerleben. Ein zweiter Teil der Denkschrift stellt in eindringlicher Knappheit eine Reihe von Tatsachen der gegenwärtigen Weltlage zusammen, die als Ausfluß des Versäufelungsvertrages der Gerechtigkeit unter den Völkern ins Gesicht schlagen — so die Bedrückung der Minderheiten, die Einschränkung der deutschen Souveränität, die Kriegsschuldfrage! — und fordert demgegenüber das öffentliche Zeugnis der Christenheit. Abschließend werden noch Forderungen für die Arbeit des Christlichen Jungmännerbundes auf diesem Gebiete gezogen und die in Frage kommenden Mittel dazu genannt. — Es ist zu erwarten, daß diese Denkschrift, die im Maiheft der Zeitschrift „Jugenddienst“ (Eichenkreuz-Verlag, Barmen, Nr. 1.) der Öffentlichkeit übergeben wird, nicht nur bei der eingangs erwähnten Welttagung auf amerikanischem Boden, sondern bereits bei den jetzt stattfindenden vorbereitenden Beratungen in Genf eine bedeutsame Rolle spielen wird.

Evangelisches Kloster für Männer in Dänemark.

Eine Anzahl kirchlich gesinnter Personen ist dabei, Möglichkeiten für die Gründung eines evangelischen Klosters für Männer in Dänemark zu suchen. Man erwägt, Jonstrups Seminar im nördlichen Seeland zu erwerben, welches binnen kurzem stillgelegt werden soll, um das Kloster dort einzurichten.

mittel zur Arbeit nicht und ad schaffen sein r der handwerk ohne die Her dulten und d lich erkennen unabweisbare künstlerischen bung harmon

Das Hand nahmen an

Deutschland heit. — Gra

Reichssta halts-Ausschu Wehretats ein durch beistät nifier auf die des französis lich der Stel Wehretats b deutung kam es hieß:

„Der vor aufgestellt, da unseres Volkes notwendigen nicht in der zu machen.“

In partei ein striktes B dessen Bau i angefordert w wies Minister

Schuldbüch

Unsere S Schuldfrage ist Welt Margefiel Allerschuld B historischer Wi

Wir haben zusammengefa sammentritt d hat, nicht z wird vielmehr von Deutschland Stöße endgült

Deutschlan damit begründ gemeinen Müßi sollte.

Deutschlan abgerückt in e piel ist. Die uns auf dem i hierbei um ein

Schwier

Frankreichs U lich

Wie die auch die für I mene Veröffi italienischen den. Nach der bestehen, daß nen Kategorie und dem franz nicht vollstän

So erhalt lienischen Abt 81 900 Tonne Abkommen ü ziffer von 52 Röhe das fran gen den im R der eine Uebe Boot-Kategori wolle nunmehr es Amerika i englisch-itali Teil des Lon fizieren zu m

Rein italia

Die Met lienische Flo zöfische in S als endgültig werten und a zwischen Adu mergne anzu lia“ in itali seine Defätio

Freiheit

In dem Büros der I demokratie, w man, Scher, gegen die de hatte — nach Freiheitsstra Angelagten r ren beurteilt

konstruktive
Schaffen auf
und raschen
gen würde

ht.

nn.

dwerts-

t es Step-
nüberlegt
eriodischer
nen. Sie
emethoden
Gewiß
bei diesen
noch darf
notwendig-
zum Teil
ten Wirt-
erkennt,
wirtschafts-
handwerk-
anwendung
sondern
ie sie zur
irtschaftens

ht in der
erk und in
predenben
Industrie
llen das
staatlichen
en, nicht
Es ist
kanngabe
ußes die
s Hand-
stellt. Es
nen Tages-
n Kreisen

nte Orga-
der ein-
nur, daß
ene Rolle
t, sondern
he Werbe-
Betriebs
glic blei-
mäßig
mal fest-
andlungen
bt. Das
nicht den
einge-
gerung der
n können.
menn die
künstleri-
tonnung
wünschten
en, wollte
den Schaf-
liefernden
t werdend
sobiel sei
der Qua-
Auftrages
lehr, Vie-
ische Ein-
chäge nicht
dener und
er anderen
„Dienstes

ganisation
die ver-
und Werbe-
mer dieses
n Deutschen
n Bundes-
arbeit von
gearbeitet
ausführlich
antwortung
ik ausein-
die Welt“
m Völker-
It in ein-
schen der
usfluß des
n Völkern
r Minder-
weranität,
über das
eit. Ab-
arbeit des
gebiete ge-
dazu ge-
schrist, die
schenkreuz
übergeben
Welttagung
ei den jezt
Genf eine

ganisation
die ver-
und Werbe-
mer dieses
n Deutschen
n Bundes-
arbeit von
gearbeitet
ausführlich
antwortung
ik ausein-
die Welt“
m Völker-
It in ein-
schen der
usfluß des
n Völkern
r Minder-
weranität,
über das
eit. Ab-
arbeit des
gebiete ge-
dazu ge-
schrist, die
schenkreuz
übergeben
Welttagung
ei den jezt
Genf eine

ganisation
die ver-
und Werbe-
mer dieses
n Deutschen
n Bundes-
arbeit von
gearbeitet
ausführlich
antwortung
ik ausein-
die Welt“
m Völker-
It in ein-
schen der
usfluß des
n Völkern
r Minder-
weranität,
über das
eit. Ab-
arbeit des
gebiete ge-
dazu ge-
schrist, die
schenkreuz
übergeben
Welttagung
ei den jezt
Genf eine

ganisation
die ver-
und Werbe-
mer dieses
n Deutschen
n Bundes-
arbeit von
gearbeitet
ausführlich
antwortung
ik ausein-
die Welt“
m Völker-
It in ein-
schen der
usfluß des
n Völkern
r Minder-
weranität,
über das
eit. Ab-
arbeit des
gebiete ge-
dazu ge-
schrist, die
schenkreuz
übergeben
Welttagung
ei den jezt
Genf eine

mittel zur Anwendung zu bringen. Man kopiere aber nicht und achte darauf, daß jegliche Werbung so beschaffen sein muß, daß sie das Typische und Vorteilhafte der handwerklichen Güterproduktion und Dienstleistung ohne die Hervorhebung von Gegensätzen zu den Produkten und Leistungen anderer Erzeugergruppen deutlich erkennen läßt. Dies ist nicht leicht, aber eine unabwiesbare Forderung, wenn die psychologischen, künstlerischen und wirtschaftlichen Faktoren der Werbung harmonisieren sollen.

Das Handwerk ist heute noch mit geringen Ausnahmen an den lokalen Markt gebunden; diesen zu

kennt, ist die wichtigste Voraussetzung, wenn der Zweck der Werbung, die Erweiterung des Absatzes, die Wieder- und Neugewinnung von Kunden und damit eine ausreichende breitere Basis für die Tätigkeit des Einzelbetriebes erreicht werden soll. Erst mit einer ausreichenden Kenntnis des Marktes und der sozialen Schichtung der in Betracht kommenden Kunden ist die Bestimmung der richtigen Werbemethoden und Werbemittel möglich. Sie im einzelnen hier aufzuzählen, erübrigt sich bei dem umfassenden Programm der Reichs-Handwerks-Woche, die am 15. März beginnt und deren Schirmherr Reichspräsident von Hindenburg ist.

Groener antwortet Maginot.

Deutschland verlangt den gleichen Grad von Sicherheit. — Frankreich hat noch keinen Schritt zur Abrüstung getan.

— Paris, 10. März.

Reichswehrminister Groener leitete im Haushalts-Ausschuß des Reichstags die Beratung des Budgets ein, die den Ausschuß drei Tage hindurch beschäftigen wird. Den Nachdruck legte der Minister auf die Zurückweisung der letzten Ausführungen des französischen Kriegsministers Maginot. Hinsichtlich der Stellung, des Zwecks und der Führung der Wehrmacht verwies er auf frühere Darlegungen. Bedeutung kam hierbei nur einem Passus zu, in dem es hieß:

„Der vorliegende Etat ist unter dem Gesichtspunkt aufgestellt, daß bei voller Verlässlichkeit der Notlage unseres Volkes und bei strengster Sparsamkeit diese lebensnotwendigen Forderungen erfüllt werden, und ich bin nicht in der Lage, hierin irgend welche Konzessionen zu machen.“

In parlamentarischen Kreisen erblickte man darin ein striktes Festhalten an dem Panzerkreuzer B, zu dessen Bau im vorliegenden Haushalts die erste Rate angefordert wird. Die Ausführungen Maginots wies Minister Groener dann wie folgt zurück:

Schuldfrage letzte Stufe von Versailles.

Unsere Stellungnahme zu der sogenannten Kriegsschuldfrage ist wiederholt aus unserem Munde vor aller Welt klar gestellt worden. Die Versailles These von der Alleinschuld Deutschlands ist längst von der internationalen historischen Wissenschaft widerlegt worden.

Wir haben den Spruch eines wahrhaft unparteiisch zusammengefassten internationalen Gremiums, dessen Zusammensetzung die deutsche Regierung von jeher gefordert hat, nicht zu fürchten. Die Feststellung der Wahrheit wird vielmehr den Verträgen, die auf der Behauptung von Deutschlands Alleinschuld am Kriege beruhen, diese Stütze endgültig entziehen.

Deutschlands Entwaffnung ist im Versailler Vertrage damit begründet worden, daß die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen ermöglichte.

Deutschland hat diese Vorbedingung erfüllt. Wir sind abgerüstet in einem Maße, das in der Geschichte ohne Beispiel ist. Die anderen Mächte aber haben sich verpflichtet, uns auf dem Wege der Abrüstung zu folgen. Daß es sich hierbei um eine rechtlich verbindliche Verpflichtung handelt,

haben maßgebende Staatsmänner der anderen Seite wiederholt bestätigt. Wir haben das Recht, zu verlangen, daß die Ungleichheit der Rüstung, die durch Deutschlands Voranstellung auf diesem Gebiete entstanden ist, gemäß den Vertragsbestimmungen durch eine entsprechende Nachleistung der anderen Mächte ausgeglichen wird. Wir haben das Recht auf denselben Grad von Sicherheit, den die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen.

Wir erheben unsere Forderung auf allgemeine Abrüstung im Interesse des Friedens und des Wiederaufbaues von Europa, der dringendsten Aufgabe unserer Zeit. Deutschland ist bereit und ist stets bereit gewesen, an jeder Art von Abrüstung positiv mitzuarbeiten, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung vorgenommen wird.

Abrüstung keine Abrüstung.

Herr Maginot hat nun darauf hingewiesen, daß Frankreich der Abrüstung bereits Rechnung getragen habe. Es habe die Zahl seiner Divisionen gegenüber dem Stande von 1913 herabgesetzt und habe weniger Mannschaften bei der Fahne als damals. Statt der dreijährigen habe es die einjährige Dienstzeit eingeführt.

Wir können diese Organisationsänderungen des französischen Heeres nicht als Abrüstung anerkennen. Es handelt sich vielmehr um eine wohlwollende Abrüstung, die den Kriegserfahrungen und der raschen Entwicklung der Kriegstechnik Rechnung tragend die Schlagkraft der französischen Armee nicht vermindert, sondern beträchtlich vermehrt hat.

Das französische Heer, so betonte Minister Groener, auf Einzelheiten eingehend, weiter, sei jetzt bei einjähriger Dienstzeit fast ebenso stark wie 1912 bei zweijähriger Dienstzeit. Fast die Hälfte des Heeres diene über die gesetzliche Dienstzeit hinaus und liefere ein hochwertiges Ausbildungspersonal. Der Minister wies dann auf das ungeheure Kriegsmaterial Frankreichs und auf seine ausgebildeten Reserven hin und auf die früher nicht gekannte intensive militärische Ausbildung der Jugend.

Die Wehransgaben in Frankreich hätten 1931 fast drei Milliarden Mark (18,2 Milliarden Franken) betragen.

Ganz unhaltbar sei der Hinweis darauf, daß Deutschland außer den 100 000 Mann Reichswehr noch 150 000 Mann Schutzpolizei und 30 000 Mann bewaffneter Zollbeamten habe. Erstens seien es nur 105 000 Mann Schutzpolizei, zweitens aber sei weder diese, noch gar die Zollwache für militärische Verwendung geeignet.

Hugenberg an Schiele.

Reichsernährungsminister Schiele veröffentlichte eine Erklärung auf Ausführungen des Geheimrats Hugenberg in Lemo. Geheimrat Dr. Hugenberg hatte in dieser Rede erklärt:

„Läßt es sich nach heutigen Begriffen entschuldigen, daß der Minister Schiele mir durch einen Abgeordneten, der die Sachlage nicht voll übersehen konnte, am 17. Juli 1930 vor der Abstimmung über die Notverordnungen des Kabinetts Brüning ankündigen ließ, daß, wenn die Deutschnationalen nicht den Aufhebungsantrag zu Falle bringen würden, der Reichspräsident zurücktreten werde? Es hat sich dabei um ein an den Namen des Reichspräsidenten angeknüpftes unverantwortliches Beeinflussungsmanöver gehandelt.“

In der Entgegnung des Reichsministers Schiele, zu der Reichspräsident von Hindenburg die Ermächtigung gegeben hat, heißt es:

„Der Reichspräsident hat im Juli 1930 vor der Abstimmung über die Aufhebung der Notverordnung sich in einer Unterhaltung mit mir (Schiele) dahin geäußert, daß er, falls im Reichstag der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung — und zwar mit den Stimmen der Deutschnationalen — beschloffen würde, nur zwei Möglichkeiten sehe, entweder selbst von seinem Amt zurückzutreten oder den Reichstag anzulösen.“

Der Reichspräsident ermächtigte mich ausdrücklich, dies den Herren der Deutschnationalen Fraktion mitzuteilen und hinzuzufügen, daß er, angesichts der gegen eine derartige Neuwahl des Reichstags bestehenden Bedenken ernstlich den Gedanken seines Rücktritts erwäge, falls der Reichstag die vom Reichspräsidenten im Interesse des Landes erlassenen lebenswichtigen Bestimmungen aufhebe.“

— Berlin, 10. März. Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: „Mehrere amtliche Stellen versuchen durch gewundene Erklärungen die von Dr. Hugenberg am Sonntag in Lemo erhobenen Vorwürfe wahrheitswidrigen Verhaltens abzuwehren. Diese Versuche sind nur geeignet, die von Dr. Hugenberg vertretenen Auffassungen zu stützen. Soweit sie sich auf die Frage einer Regierungserweiterung nach rechts beziehen, wird ihre Haltlosigkeit durch die soeben veröffentlichten Erklärungen der Herren Dr. Hugenberg, Oberfohren und von Winterfeld bewiesen. Soweit die amtlichen Darstellungen dazu dienen sollen, Neuierungen des Ministers Schiele zu entschuldigen, wird ihre Ungehörigkeit sich aus der angekündigten Stellungnahme zur Politik des Ministers Schiele ergeben.“

Hat Brüning die Deutschnationalen an der Regierung beteiligen wollen?

Die Verhandlungen Brünings mit den Deutschnationalen im Jahre 1930.

— Berlin, 10. März. Dr. Eugenberger, Dr. Oberfohren und Dr. von Winterfeld veröffentlichten eine Erklärung, die sich scharf gegen die Behauptung wendet, daß die Regierung durch die Politik der nationalen Opposition an die Seite der Sozialdemokratie gedrängt werde und daß die Rechte, insbesondere die DVP, sich vor der oder nach den Wahlen aus Scheu vor Verantwortung einer positiven Mitarbeit an der Regierung verweigert habe. In der Erklärung heißt es u. a., den Deutschnationalen sind seitens der Regierung Brüning weder vor noch nach der Septemberwahl, insbesondere auch nicht in der Unterredung am 6. Oktober 1930, irgendwelche Angebote betreffend Regierungsbeteiligung gemacht oder irgendwelche Möglichkeiten hierzu geboten worden. Wir haben seit dem Herbst 1929 öffentlich und nichtöffentlich immer wieder betont, daß wir zur Übernahme jeder Verantwortung bereit seien. Es ist selbstverständlich, daß eine solche für verantwortungsbewußte Politiker, die nicht lediglich Minister werden, sondern ihrem Lande sachlich dienen wollen, nicht voraussetzungslos möglich ist. Unsere Voraussetzungen waren und sind der Regierung bekannt. Sie sind u. a. wenige Tage nach der oben erwähnten Unterredung durch einen am 14. Oktober an den Reichskanzler Brüning gerichteten Brief nochmals festgelegt.

Dieser Brief ist auch veröffentlicht worden. Nicht etwa, um durch „ultimative Forderungen“ irgendwelche schwebenden Verhandlungen zu beeinflussen oder zu erschweren, wie später behauptet wurde, sondern weil es nach den schon vorher gemachten und heute bestätigten Erfahrungen zur Erleichterung des Nachweises unserer tatsächlichen Haltung nötig war. Wir wollten schon damals in aller Öffentlichkeit unsere Bereitschaft zur Verantwortung betonen. Denn erstens wußten wir, daß fälschlich seit Monaten das Gegenteil hinter den Kulissen behauptet wurde; zweitens hat die vorhergegangene Unterredung vom 6. Oktober keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß auf Seiten des Kabinetts der nach den Wahlen vom 14. September eigentlich zu erwartende Wille zur Umbildung der Regierung bestand. Vielmehr hatten sich diesmal wie sonst die Bemühungen des Reichskanzlers einseitig darauf beschränkt, unsere Zustimmung zu seiner von uns bekämpften Politik zu erlangen, statt seinerseits auf die vor den Wahlen von uns aufgeworfenen Fragen zurückzukommen. Wir müssen also auf Grund unserer gemeinsamen Kenntnisse der Vorgänge feststellen, daß soweit die Deutschnationalen in Betracht kommen, die Behauptung, das Kabinett habe in Auswirkung der Wahl den nachdrücklichsten Versuch gemacht, die Grundlage der Regierung nach rechts zu erweitern, vollkommen unwahr ist. Seitens der Regierung ist keinerlei dahingehender Schritt erfolgt.

Einigung in Moskau.

Das Ergebnis der Auslandsreise der deutschen Industriellen.

Die zwischen dem Präsidenten des Obersten Wirtschaftsrats der Sowjetunion und den deutschen Industriellen geführten Besprechungen, die der Befestigung der den Wirtschaftsverkehr störenden Hemmnisse und der Eröffnung über weitere Vertiefung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen dienten, haben — einer Meldung aus Moskau zufolge — zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt.

In beiderseitigem Einvernehmen wurde festgestellt, daß eine möglichst weitgehende Stabilität in den Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder die beste Grundlage für einen weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen biete, um auf diese Weise die Kontinuität der Lieferungen sicherzustellen und das bei jedem Unternehmen für seine Geschäftsbeziehungen so viel Spielraum zu lassen, daß ein den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßtes Gesamtprogramm zu möglichst voller Auswirkung kommen könne.

Beide Teile haben sich dabei über die Möglichkeit der Durchführung des Zusatzprogramms von Westellungen geeinigt, die von der Sowjetindustrie in kürzester Zeit nach Deutschland erteilt werden sollen.

Batel warnt. — „Keine Partei hat feigheit.“

Ballabhai Batel, der die Kongressverhandlungen im nächsten Tagungsabschnitt leiten wird, erklärte in einer Rede über den englisch-indischen Friedensschluß, wenn die in Indien einzuberufende Konferenz am Runden Tisch nicht zu einer Vereinbarung über die indischen Angelegenheiten gelangen sollte, dann werde die Welt einen noch größeren Kampf in Indien erleben als vorher. Der Kongress habe die Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams eingeleitet, weil ehrenvolle Bedingungen angeboten wurden. Es habe auf seiner Seite eine Kapitulation gegeben. Erforderlich sei eine Verfassung auf bundesstaatlicher Grundlage. Es sei nötig, daß man sich mit den indischen Fürsten einige.

Die Döhlhilfe vor dem Reichsrat

Die Vorlage mit Mehrheit angenommen.

— Berlin, 9. März.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Montag unter dem Vorsitz des Reichsministers Treviranus in öffentlicher Sitzung mit dem neuen Döhlhilfegesetz. Nach mehrstündiger Aussprache, in der von den Vertretern der einzelnen Grenzgebiete noch zahlreiche Wünsche vorgetragen wurden, nahm der Reichsrat mit Mehrheit die Vorlage an.

Das Döhlhilfsgebiet umfaßt nach der Vorlage folgende Gebiete: Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Oberschlesien, die an den Korridor grenzenden Teile von Pommern, Brandenburg und Niederschlesien sowie einige an der tschechischen Grenze liegende Kreise Niederschlesiens und die Stadt Breslau.

Die von verschiedenen Seiten im Ausschuß verlannte Einbeziehung weiterer Gebiete wurde von

Freiheitsstrafen gegen Menschenwisten.

In dem Strafprozeß gegen die Mitglieder des Büros der Menschenwisten, also der russischen Sozialdemokratie, wurden sieben Angeklagte — darunter Groman, Scher, Jakubowitsch, Ginsburg und Suchanow, gegen die der Sowjetanwalt Todesstrafen beantragt hatte — nach zehnjähriger Urteilsberatung zu einer Freiheitsstrafe von je zehn Jahren, die übrigen sieben Angeklagten zu Freiheitsstrafen von fünf bis acht Jahren verurteilt.

sehen wird.